

A n t r a g

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bürgerinnen und Bürger vor Fluglärm schützen – Alternativen gegen eine weitere Steigerung des Flugverkehrs in der Region Rhein-Main stärken

Der Landtag stellt fest:

Die Menschen im Rhein-Main-Gebiet sind vom Fluglärm durch den Flughafen Frankfurt/Main länderübergreifend und in besonderer Weise betroffen. Durch die neue Landebahn Nordwest können bis zu 250 000 zusätzliche Flugbewegungen im Jahr möglich sein. Die Grenzen der Belastbarkeit der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere beim Nachtflug, sind überschritten.

Die Bürgerinnen und Bürger mussten zur Kenntnis nehmen, dass die hessische Landesregierung den Weg der Einhaltung des Mediationsergebnisses und insbesondere der Einführung eines Nachtflugverbots verlassen hat.

Auf Bundesebene wird eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes diskutiert, die Auswirkungen zu Lasten des Lärmschutzes haben kann.

Die Deutsche Flugsicherung (DFS) hat nun die neuen Flugrouten festgelegt.

Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürgern drängen der rheinland-pfälzische Landtag und die Landesregierung auf die Einführung und Einhaltung eines strikten Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen. Den Anwohnerinnen und Anwohnern von Flughäfen in Ballungszentren sind weitere Fluglärmbelastungen in der Nacht von 22 bis 6 Uhr nicht zuzumuten.

Ziel muss es sein, eine Minimierung der Auswirkungen des Flugverkehrs zu erreichen. Der rheinland-pfälzische Landtag und die Landesregierung verfolgen im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Strategie, die Fluglärmbelastungen in der Region Rhein-Main so gering wie möglich zu halten.

Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) hat mittlerweile die umstrittene Südumfliegung trotz der massiven Kritik der rheinland-pfälzischen Landesregierung und der betroffenen Bürgerinnen und Bürger für den Flughafen Frankfurt/Main genehmigt. Für die Menschen in Mainz und in der Region bedeutet diese Entscheidung eine enorme Zunahme der Lärmbelästigung. Das ist nicht hinnehmbar. Das Gutachten der Landesregierung zeigt, dass es Alternativen zu dieser Flugroute gibt. Die Landesregierung hat daher angekündigt, den Klageweg zu unterstützen und die betroffenen Kommunen einzubeziehen. Der Landtag begrüßt und unterstützt dieses Vorhaben der Landesregierung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- in der Diskussion um die neuen Flugrouten und die Festlegung des Lärmschutzbereiches aufgrund der neuen Landebahn Nordwest am Flughafen Frankfurt/Main weiterhin für alternative Vorschläge und eine Abflugroutenbenutzung einzutreten, die nicht zu einseitigen Belastungen durch die geplante Südumfliegung führt. Die Landesregierung soll die Bemühungen, den Radius zur Lärmermittlung um den Flughafen Frankfurt/Main auszuweiten, unterstützen;

- weiterhin aktiv dafür einzutreten, dass eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes zu Lasten des Lärmschutzes von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht weiterverfolgt wird. Vielmehr muss der Lärmschutz für die Bevölkerung verstärkt werden. Die bisherige Rechtsprechung zur Begrenzung von Nachtflügen darf nicht durch eine Gesetzesänderung zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen aufgegeben werden;
- eine Vernetzung der Flughafenstandorte Frankfurt/Main und Frankfurt/Hahn anzustreben;
- weiterhin auf Bundesebene aktiv eine Verbesserung beim Verkehrslärmschutz zu verfolgen. Eine entsprechende Initiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung findet die volle Unterstützung des rheinland-pfälzischen Landtags. In das Luftverkehrsrecht ist eine Regelung aufzunehmen, die sicherstellt, dass frühzeitig bei der Planung von Ausbauprojekten Flugverfahren und Flugrouten abgestimmt und in einem transparenten und bürgerfreundlichen Verfahren erlassen werden. Für einen verbesserten Lärmschutz der Bevölkerung bedarf es insgesamt einer Änderung der rechtlichen Grundlagen, die für die Festlegung von Flugrouten den Rahmen vorgeben. Auch Änderungen der Flugverfahren und Flugrouten müssen in einem entsprechenden Verfahren erfolgen;
- weiterhin durch kontinuierliche Lärmmessungen die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu dokumentieren und damit die individuellen Klagemöglichkeiten zu unterstützen.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann